

Hamm, 25. April 2012

Presseerklärung

Die Unabhängigkeit der Justiz muss gestärkt werden

Aus aktuellem Anlass trafen sich Mitglieder des Landesverbandes mit Parlamentariern. Der Anlass waren Eingriffe in die Gewaltenteilung.

Der Gesamtvorstand des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen hatte auf seiner Sitzung am 23. April 2012 die justizpolitischen Sprecher der Parteien zu Gast. Von der SPD konnte Sven Wolf begrüßt werden, vom Bündnis 90/Die Grünen erschien Dagmar Hanses, die FDP war durch Dr. Robert Orth vertreten und Anna Conrads kam für die Partei Die Linke. Den Parlamentariern als den Vertretern der Ersten Staatsgewalt wurde beschrieben, dass der bestehende Zustand in Nordrhein-Westfalen nicht dem rechtsstaatlichen Gebot der Gewaltenteilung entspreche. Der bestehende Zustand sei dadurch geprägt, dass die Rechtsprechung als Dritte Gewalt zu stark von der Landesregierung als Zweiten Gewalt kontrolliert werde. Dieser Zustand sei auch vom Europarat beanstandet worden.

Die Richter und Staatsanwälte besprachen mit den rechtspolitischen Sprechern, wie dieser Zustand behoben werden kann. Einigkeit bestand zwischen den Teilnehmern darin, dass die Unabhängigkeit der Justiz als Dritte Staatsgewalt zu gewährleisten und zu stärken ist. Unterschiede bestanden darin, wie der Zustand zu verbessern ist. Während Sven Wolf (SPD) einen Lösungsweg in der Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Richtern und Staatsanwälten sah, forderten Dagmar Hanses (Bündnis 90/ Die Grünen) und Anna Conrads (Die Linke) eine echte Selbstverwaltung der Justiz. Nach Auffassung von Dr. Robert Orth (FDP) hat ein Systemwechsel hin zur Selbstverwaltung nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die angestrebte Autonomie der Justiz von einer breiten politischen Mehrheit getragen wird.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, Joachim Lüblinghoff, hierzu:

„Wir freuen uns, dass das Problem von den Parlamentariern erkannt worden ist. Wer das Problem erkennt, sieht sofort den Handlungsbedarf. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, die Politik auf etwaige Gefahren hinzuweisen. Es ist geboten, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Hierzu fordert der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW die Selbstverwaltung der Justiz. Dies entspricht dem Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 20. September 2011“.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Joachim Lüblinghoff unter 02383/953517.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3400 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG (NW) :

Joachim Lüblinghoff, stellvertr. Vorsitzender

Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.

Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568

E-Mail info@drb-nrw.de Internet www.drb-nrw.de